

02.07.2014

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 2376 vom 13. Juni 2014  
des Abgeordneten Dirk Wedel FDP  
Drucksache 16/6066

### **Abstimmungsverhalten der nordrhein-westfälischen Landesregierung in der 923. Plenarsitzung des Bundesrats**

**Die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien** hat die Kleine Anfrage 2376 mit Schreiben vom 1. Juli 2014 namens der Landesregierung beantwortet.

#### ***Vorbemerkung der Kleinen Anfrage***

Nach den im Bundesrat geltenden Abstimmungsregeln erfolgt – soweit nicht ausnahmsweise durch Aufruf der Länder abgestimmt wird – bei der Abstimmung ausschließlich die Feststellung, ob eine Mehrheit für die jeweilige Abstimmungsfrage erreicht ist (Handaufheben = dafür). In den Plenarprotokollen des Bundesrats wird dann lediglich festgehalten, ob bei einer Abstimmung die Mehrheit der Stimmen erreicht worden ist.

*Eine nachträgliche Information des Landtags über das Abstimmungsverhalten des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundesrat dient einer wirkungsvollen parlamentarischen Kontrolle der Landesregierung. Einschränkungen der Antwortpflicht auf entsprechende Fragen von Abgeordneten ergeben sich insoweit grundsätzlich weder aus der staatlichen Kompetenzverteilung oder der Gewaltenteilung noch aus Geheimhaltungserfordernissen (vgl. Information 16/174, Seiten 19 f.)*

*Mit Vorlage 16/1871 hat sich die Landesregierung bereit erklärt, den Hauptausschuss künftig regelmäßig nach den Bundesratsplenarsitzungen in Form eines Berichtes über die Ergebnisse und das Abstimmungsverhalten des Landes zu den wesentlichen Punkten der Tagesordnung zu informieren. In Bezug auf die Frage, welche Tagesordnungspunkte wesentlich sind, kann sich die Einschätzung der Landesregierung mit der der Abgeordneten und der Öffentlichkeit decken, muss es aber nicht.*

Datum des Originals: 01.07.2014/Ausgegeben: 07.07.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

*Wünschenswert wäre daher, wenn sich die Landesregierung zur proaktiven Herstellung funktionswahrender Transparenz bereit finden würde, indem sie wie beispielsweise die Länder Baden-Württemberg und Berlin nach der Sitzung jeweils zügig veröffentlicht, wie sie zu sämtlichen Tagesordnungspunkten im Bundesratsplenium abgestimmt hat, vgl.*

<https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/landesvertretungen/vertretung-des-landes-beim-bund/service-und-presse/bundesratsinitiativen/>,  
<http://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/politik/bundesangelegenheiten/artikel.81785.php>.

***Wie hat Nordrhein-Westfalen sich in der 923. Sitzung des Bundesrates vom 13. Juni 2014 jeweils zu den einzelnen Abstimmungsfragen verhalten (aus Gründen der Übersichtlichkeit wird darum gebeten, sämtliche Tagesordnungspunkte in numerischer Reihenfolge aufzuführen und nicht hinsichtlich einzelner Tagesordnungspunkte auf eine Information an den Hauptausschuss zu verweisen)?***

Das Stimmverhalten des Landes zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der 923. Sitzung des Bundesrates vom 13. Juni 2014 ist in dem als Anlage beigefügten Bericht, der dem Hauptausschuss schon zugeleitet wurde, festgehalten. Entsprechend wird der Hauptausschuss auch in Zukunft weiterhin über die Ergebnisse der Bundesratssitzungen und das Stimmverhalten des Landes unterrichtet.

**Ergebnis**  
**der 923. Sitzung des Bundesrates am 13. Juni 2014 und Abstimmungsverhalten**  
**des Landes Nordrhein-Westfalen**

1. Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) 209/14  
zu 209/14  
  
Der Bundesrat rief den Vermittlungsausschuss nicht an.  
  
NRW: Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses.
  
2. Gesetz zur Durchführung der Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (Direktzahlungen-Durchführungsgesetz - DirektZahlDurchfG) 210/14  
210/1/14  
  
Der Bundesrat rief den Vermittlungsausschuss nicht an.  
Der Bundesrat fasste die EntschlieÙung gemäß Drs. 210/1/14 (ohne Ziff. 2 - 6).  
  
NRW: Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses und Fassen der EntschlieÙung gem. Drs. 210/1/14.
  
3. Gesetz zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption durch Lebenspartner 211/14  
  
Der Bundesrat rief den Vermittlungsausschuss nicht an.  
  
NRW: Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses.
  
4. Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 sowie zur Änderung sonstiger Vorschriften 212/14  
  
Der Bundesrat rief den Vermittlungsausschuss nicht an.  
  
NRW: Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses.
  
5. Gesetz zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Ausdehnung der Anwendung der Verordnung (EU) Nr. .../2013 über ein Aktionsprogramm in den Bereichen Austausch, Unterstützung und Ausbildung zum Schutz des Euro gegen Geldfälschung (Programm "Pericles 2020") auf die nicht teilnehmenden Mitgliedstaaten 213/14  
  
Der Bundesrat stimmte dem Gesetz zu.  
  
NRW: Zustimmung zum Gesetz.

6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch 195/14  
195/1/14
- Der Bundesrat brachte den Gesetzentwurf beim Deutschen Bundestag nicht ein.
- NRW: Keine Einbringung
7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Jugendfreiwilligendienstgesetzes 203/14
- Der Bundesrat überwies den Gesetzentwurf in die Ausschüsse (FJ - K).
8. Entwurf eines Gesetzes zum Ausschluss der Verjährung von Herausgabeansprüchen bei abhanden gekommenen Sachen, insbesondere bei in der NS-Zeit entzogenem Kulturgut (Kulturgut-Rückgewähr-Gesetz - KRG) 2/14
- Der Bundesrat überwies den Gesetzentwurf zurück in die Ausschüsse (R - K).
- NRW: Keine sofortige Sachentscheidung; Rücküberweisung in die Ausschüsse R und K.
9. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Schuldrechtsanpassungsgesetzes 208/14  
208/1/14
- Der Bundesrat brachte den Gesetzentwurf beim Deutschen Bundestag ein und bestellte Minister Dr. Markov (BB) zum Beauftragen.
- NRW: Zustimmung zur Einbringung und zur Bestellung.
10. Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Künstlersozialabgabengesetzes (Künstlersozialabgabestabilisierungsgesetz - KSASTabG) 181/14  
181/1/14
- Der Bundesrat nahm zu dem Gesetzentwurf Stellung gemäß Drs. 181/1/14 (ohne Ziff. 13).
- NRW: Zustimmung zu den Ausschussempfehlungen gem. Ziff. 1 - 12 der Drs. 181/1/14.
11. Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Weingesetzes 182/14  
182/1/14
- Der Bundesrat nahm zu dem Gesetzentwurf Stellung gemäß Drs. 182/1/14.
- NRW: Zustimmung zu der Ausschussempfehlung in Drs. 182/1/14.

12. Entwurf eines Gesetzes zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG, EURATOM) Nr. 354/83 im Hinblick auf die Hinterlegung der historischen Archive der Organe beim Europäischen Hochschulinstitut in Florenz 148/14(neu)
- Der Bundesrat erhob gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen.
- NRW: Keine Einwendungen
13. Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens zur EU und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften 184/14  
184/1/14
- Der Bundesrat nahm zu dem Gesetzentwurf Stellung gemäß Drs. 184/1/14 (ohne Ziff. 11).
- NRW: Zustimmung zu den Ausschussempfehlungen gem. Ziff. 1 - 10, 13 - 31 und 33 - 39 in Drs. 184/1/14.
14. Entwurf eines Gesetzes zur Verringerung der Abhängigkeit von Ratings 185/14  
185/1/14
- Der Bundesrat nahm zu dem Gesetzentwurf Stellung gemäß Drs. 185/1/14.
- NRW: Zustimmung zu den Ausschussempfehlungen in Drs. 185/1/14.
15. Entwurf eines Gesetzes zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer 183/14
- Der Bundesrat hat zu dem Gesetzentwurf keine Stellungnahme beschlossen.
- NRW: Keine Unterstützung zu keine Einwendungen.
16. Entwurf eines Gesetzes zu dem Zweiten Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen 186/14
- Der Bundesrat erhob gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen.
- NRW: Keine Einwendungen

17. Entlastung der Bundesregierung wegen der Haushaltsrechnung und der Vermögensrechnung des Bundes für das Haushaltsjahr 2012 480/13  
zu 480/13  
799/13  
176/14
- Der Bundesrat erteilte Entlastung.
- NRW: Zustimmung zur Entlastung.
18. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über persönliche Schutzausrüstungen 116/14  
zu 116/14  
116/1/14
- Der Bundesrat nahm zu der Vorlage Stellung gemäß Drs. 116/1/14.
- NRW: Zustimmung zu den Ausschussempfehlungen in Drs. 116/1/14.
19. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Gasverbrauchseinrichtungen 200/14  
zu 200/14  
200/1/14
- Der Bundesrat nahm zu der Vorlage Stellung gemäß Drs. 200/1/14.
- NRW: Zustimmung zu den Ausschussempfehlungen in Drs. 200/1/14.
20. Verordnung zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte zum 1. Juli 2014 (Rentenwertbestimmungsverordnung 2014 - RWBestV 2014) 187/14
- Der Bundesrat stimmte der Verordnung zu.
- NRW: Zustimmung zur Verordnung.
21. Verordnung über die Durchführung von Mitteilungen nach §§ 58a und 58b des Arzneimittelgesetzes (Tierarzneimittel-Mitteilungendurchführungsverordnung - TAMMitDurchfV) 177/14  
177/1/14
- Der Bundesrat stimmte der Verordnung nach Maßgabe gemäß Drs. 177/1/14 zu (ohne Ziff. 1 und 2).
- NRW: Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe gem. Drs. 177/1/14.

22. Verordnung zur Änderung weinrechtlicher Vorschriften, der Alkoholhaltige Getränke-Verordnung und der Agrarmarktstrukturverordnung 178/14  
178/1/14
- Der Bundesrat stimmte der Verordnung nach Maßgabe gemäß Drs. 178/1/14 zu.
- NRW: Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe gem. Drs. 178/1/14.
23. Verordnung zur Änderung der Verbraucherinsolvenzvordruckverordnung 179/14
- Der Bundesrat stimmte der Verordnung zu.
- NRW: Zustimmung zur Verordnung.
24. Verordnung zur Änderung der Abwasserverordnung, des Abwasserabgabengesetzes und der Rohrfernleitungsverordnung 162/14  
162/1/14
- Der Bundesrat stimmte der Verordnung nach Maßgabe gemäß Drs. 162/1/14 zu.
- NRW: Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe gem. Ziff. 1 der Drs.162/1/14.
25. Verordnung zur Verlängerung der Frist nach § 28 Absatz 12 Satz 1 des Chemikaliengesetzes 188/14  
188/1/14
- Der Bundesrat stimmte der Verordnung zu und fasste die Entschließung gemäß Drs. 188/1/14.
- NRW: Keine Unterstützung der Zustimmung zur Verordnung; Zustimmung zur Entschließung gem. Drs. 188/1/14.
26. Erste Verordnung zur Änderung der Bundeseisenbahngebührenverordnung 180/14
- Der Bundesrat stimmte der Verordnung zu.
- NRW: Zustimmung zur Verordnung.
27. Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die technische Arbeitsgruppe "Digitales Lernen und Online Lernen" im Rahmen der Offenen Methode der Koordination zur Implementierung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung ("ET 2020") 204/14  
204/1/14
- Der Bundesrat beschloss vorschlagsgemäß.
- NRW: Zustimmung zur Benennung.

28. Wahl des Präsidenten des Bundesrechnungshofes 214/14  
 Der Bundesrat beschloss vorschlagsgemäß.  
NRW: Zustimmung
29. EntschlieÙung des Bundesrates - Beitrag der Erdgas- 243/14  
 speicher zur deutschen Energieversorgung dauerhaft  
 sichern  
 Der Bundesrat überwies die EntschlieÙung in die  
 Ausschüsse (Wi - U).
30. Entwurf eines Gesetzes zur Absicherung stabiler und fairer 242/14  
 Leistungen für Lebensversicherte (Lebensversicherungs- 242/1/14  
 reformgesetz - LVRG)  
 Der Bundesrat nahm zu dem Gesetzentwurf Stellung  
 gemäß Drs. 242/1/14 (ohne Ziff. 1-16, 18-21).  
NRW: Keine Unterstützung der Ausschussempfehlungen in  
 Drs. 242/1/14.
31. EntschlieÙung des Bundesrates zur Umsetzung eines 252/14  
 Nationalen Diabetesplans  
 Der Bundesrat überwies die EntschlieÙung in den  
 Ausschuss (G).
32. EntschlieÙung des Bundesrates zur Erhaltung und 255/14  
 Schaffung von energetisch hochwertigem und barriere-  
 armem Wohnraum in vom demografischen Wandel  
 besonders betroffenen Gebieten  
 Der Bundesrat überwies die EntschlieÙung in die  
 Ausschüsse (Wo - Fz - In - U - Wi).